

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: W. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Beitzelle oder deren Raum 1 Mk.
Bergnütigungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 50 Pfg.
Versammlungsanzeigen 30 Pfg.

Rastlos werben!

Die deutschen Gewerkschaften haben sich im öffentlichen Leben eine achtunggebietende Stellung erworben, und unser Deutscher Holzarbeiter-Verband ist ein wichtiger Bestandteil der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Er gehört zahlenmäßig zu den größten Gewerkschaften. Seine Aufgabe, die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der deutschen Holzarbeiter, hat er stets mit Eifer und Umsicht und mit anerkanntem Erfolg erfüllt. Dadurch hat er sich bei Freund und Feind Ansehen und Geltung verschafft. Ein Teil davon strahlt auf jedes seiner Mitglieder zurück. Mit Stolz kann jeder von ihnen bekennen: Auch ich bin ein Mitglied des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes!

Unser Verband ist nicht in dem Zustand der Vollendung, in dem er sich heute präsentiert, ins Leben getreten. Wir haben kleine angefangen; mit einer bescheidenen Mitgliederzahl ist unsere Organisation ins Leben getreten, und es hat eine geraume Weile gedauert, bis wir uns durchgesetzt hatten. Von unseren Gegnern wurden wir über die Achsel angesehen; und die Masse der Kollegen, denen der Verband helfen wollte, deren kümmerliche Lage zu verbessern das Ziel der Organisation war, sie stand den Bestrebungen des Verbandes kühl und teilnahmslos gegenüber.

Die Pioniere des Verbandes ließen sich dadurch nicht schrecken. Weder knickten sie vor der Uebermacht der Unternehmer zusammen, noch machte sie die Teilnahmslosigkeit der Kollegschaft mutlos. Ihr Ziel war von Anfang an klar vorgezeichnet, und rastlos arbeiteten sie an seiner Verwirklichung. Der Kampf um die Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen mußte bei der Mangelhaftigkeit des vorhandenen Gesetzes zunächst in der Form des Guerillakrieges geführt werden. Bald hier, bald dort, überall, wo sich eine günstige Gelegenheit bot, wurde der Feind angegriffen. Nicht immer brachte der Angriff den gewünschten Erfolg, aber im steten Kampf stärkte sich unsere Kraft. Das Herz unseres Verbandes verstärkte sich, es konnten immer größere, zusammenhängende Kampfeinheiten gebildet und deren Aufgaben weiter gefaßt werden.

Dem an Mitgliederzahl gewachsenen und innerlich gekräftigten Verband konnte auch die verbesserte Kriegskunst des Gegners keinen dauernden Widerstand entgegensetzen. Mit der Zeit änderten sich die Methoden des Kampfes. Wir stiegen in der Achtung des Gegners, der sich daran gewöhnte, auf gleichem Fuß mit uns zu verkehren. Der Gegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiter und zwischen den Organisationen, welche die gegensätzlichen Interessen vertreten, wurde dadurch nicht verwischt, daß sie Tarifverträge miteinander abschlossen. Durch diese „Friedensdokumente“ wurde der wirtschaftliche Krieg nicht aus der Welt geschafft. Nach wie vor gilt uns die Arbeitseinstellung als das letzte Mittel, dessen wir uns bedienen, um unserem Willen Nachdruck zu geben. Dem Umstand, daß wir unsere Waffen scharf halten und jederzeit bereit sind, sie zu benutzen, haben wir es zu verdanken, daß wir große Erfolge ohne erhebliche Kollisionskämpfe errungen haben, wenn auch diese eigentlich nie völlig ruhten.

Wir dürfen mit Stolz und Recht stolz sein auf die Erfolge unseres Verbandes; diese Erfolge aber entsprechen den Leistungen der Mitglieder. Die Teilnahmslosigkeit und Gleichgültigkeit, mit welcher die ersten Regungen des jungen Verbandes von der Masse der Holzarbeiter betrachtet wurden, schwand allmählich, man gewann Vertrauen zur Organisation und brachte dieses zum Ausdruck durch den Erwerb der Mitgliedschaft. In dem Maße, in dem ihm die Mitglieder zustömten, stieg die Kraft des Verbandes und damit die Möglichkeit, das ihm entgegengebrachte Vertrauen zu rechtfertigen.

Die Zahl der Verbandsmitglieder steigerte sich, sie wuchs andauernd. Seitweilig war der Zustrom an neuen Mitgliedern sehr lebhaft, dann wieder, zumal in Krisenzeiten, ließ der Andrang nach, aber es ging unaufhaltsam vorwärts. Stolz und Freude erfüllte unsere Brust, als das erste Hunderttausend voll war. Das Wachstum aber ging weiter, und wie jahren den Augenblick sehen, in dem wir den Abschluß auch des zweiten Hunderttausend feststellen konnten. Kurz vor der Erreichung dieses Zieles hat der Ausbruch des Weltkrieges die Entwicklung des Verbandes jäher unterbrochen. Die Mitglieder wurden unter die Fahnen berufen, sie zogen hinaus ins Feld. Die unter den Waffen stehenden Kollegen sind dem Verband nicht verloren, aber als aktive Mitglieder können sie nicht gezählt werden. Deren Zahl verminderte sich nun von Quartal zu Quartal. Aber der Umschwung zum Besseren kam schneller, als man erwartete. Wir befinden uns wieder in einer Periode des Fortschritts. Sehr bald dürften wir wieder hunderttausend Mitglieder zählen, ungerichtet der weit über hunderttausend Verbandsmitglieder, die sich im Heeresdienst befinden.

Die günstige Entwicklung des Verbandes empfindet jeder Kollege mit Genugtuung; bedrückt doch jeder Mitglied zuzuwachs eine Minderwertigkeit des Verbandes, ein Mangel an ersehnten Zielen näherzukommen. Dieser Zuwachs kommt aber nicht von selbst. Es scheint in der menschlichen

Natur begründet zu sein, daß die meisten erst eines Anstoßes bedürfen, um das zu tun, was ihr Interesse erfordert. Die Zahl derer, die aus eigenem Antrieb sich zur Aufnahme melden, ist verhältnismäßig gering. Häufig genügt der erste Hinweis auf die Organisationspflicht, nicht selten ist aber auch eine nachhaltige Einwirkung erforderlich, um den Kleingläubigen zu überzeugen, daß es auch auf ihn ankommt, daß es sowohl in seinem eigenen Interesse wie in dem der Gesamtheit liegt, daß er Mitglied des Verbandes werde.

Früher, vor Jahrzehnten, als die Zahl der Verbandsmitglieder noch klein war, da stellte die Pflicht, für den Verband zu werben, an den einzelnen starke Anforderungen; die Masse derer, die gewonnen werden sollten, schien riesengroß. Aber was der Schar der Werber an Zahl abging, wurde durch Begeisterung ersetzt. Das brachte die Erfolge, so wuchs der Verband, und sein Wachstum ging sowohl in die Breite als auch in die Tiefe. Nicht nur konnten wir auf die Zahl der Kämpfer stolz sein, die sich um unsere Fahnen sammelten, sie wurden auch von dem richtigen gewerkschaftlichen Geist der Solidarität erfüllt, den sie bei so mancher Gelegenheit praktisch betätigt haben. Ein so gesektes Heer muß auch eine erfolgreiche Werbetätigkeit entfalten können. Jetzt ist die günstigste Gelegenheit, Erfolge zu erzielen.

Wir sind stolz auf unseren Verband; stolz auf seine Größe, stolz auf sein Ansehen, stolz auf die Erfolge, die wir uns mit seiner Hilfe errungen haben. Wir werden die Kraft und die Größe des Verbandes voraussichtlich sehr bald wieder in starkem Maße in Anspruch nehmen müssen. Dann, in der Stunde der Gefahr, kann die Macht unseres Verbandes gar nicht groß genug sein. Deshalb müssen wir rechtzeitig dafür sorgen, ihn zu einem Instrument auszugestalten, das unter allen Umständen das leisten kann, was wir von ihm erwarten. Wir sind unser so viele, daß auf den einzelnen nur ein kleines Maß von Arbeit entfällt und doch ein großes Werk geleistet werden kann. Unsere Zahl darf uns nicht etwa dazu verführen, daß sich einer auf den andern verläßt. Jeder einzelne muß Hand anlegen, jeder muß sich der notwendigen Werbearbeit unterziehen. Im Augenblick ist die Werbetätigkeit die wichtigste Betätigung der Mitglieder. Trotz der fleißigen Arbeit, trotz der erzielten Erfolge ist die Zahl der unmorganisierten Holzarbeiter noch recht groß. Die Größe des Arbeitsgebietes kann uns nicht schrecken, sie muß uns zu verdoppelter Kraftanstrengung emporen. Rastlos werben! das sei die Parole. Der gute Erfolg wird die aufgewendete Mühe lohnen.

Die Holzindustrie nach dem Kriege.

III. (Schluß).

Eine bemerkenswerte Widerstandskraft gegen die Kriegsnöte hat die Musikinstrumentenindustrie bewiesen. Der Ausbruch des Krieges hat diese Industrie besonders hart betroffen. Die Erzeugnisse der Industrie sind in gewisser Hinsicht Luxuswaren, für die es in der ersten Zeit nach Kriegsausbruch im Inland schwer eine Abnahmestellen gab. Ein großer Teil der in Deutschland hergestellten Instrumente war für den Export bestimmt, und gerade die Länder, mit denen wir uns im Krieg befanden, waren unsere Hauptabnehmer. Im Jahre 1913 betrug die deutsche Ausfuhr an Klavieren 47,9 Millionen Mark. Davon gingen Waren im Werte von 12,8 Millionen nach England, 4,3 Millionen nach Rußland, 3,6 Millionen nach Australien, 1,4 Millionen nach Britisch Südafrika, 1,4 Millionen nach Belgien. Diese Ausfuhr war mit einem Schläge gesperert; es war daher erlärlich, daß die Pianofabrikanten alsbald darangingen, sich auf eine andere Produktion einzurichten.

Allmählich konnte aber auch die Produktion im eigenen Beruf wieder aufgenommen werden, wenn auch mit einer stark verminderten Arbeiterzahl. Nicht nur ließen die wachsenden Kriegsgewinne den Inlandsbedarf steigen, auch der Export in das neutrale Ausland weist eine sehr beachtliche Steigerung auf. Die Ausfuhr an Instrumenten, die im Jahre 1915 auf 7 139 010 Mk. zurückgegangen war, hat sich im Jahre 1916 auf 17 543 570 Mk. gehoben. Nach einer von der Freien Vereinigung deutscher Pianofabrikanten veranstalteten Umfrage lagen zu Beginn des Jahres 1917 noch für 13 169 000 Mk. unerledigte Auftragsaufträge vor; dabei hatten mehrere Fabrikanten weitere Aufträge wegen erschwelter Fabrikation und Ausfuhr abgelehnt.

Die Entwicklung der Industrie unter schwierigen Umständen eröffnet günstige Aussichten für die Zeit nach dem Kriege, wenn die Ausfuhrschwiernisse, die sich jetzt empfindlich bemerkbar machen, in Fortfall kommen. Ob und inwieweit eine Verschiebung des Absatzmarktes eintreten wird, läßt sich schwer voraussagen. Ein beachtenswerter Faktor ist die rasche Entwicklung der Vereinigten Staaten als Exportland für Klaviere. Im Jahre 1901 haben die Vereinigten Staaten erst für 335 000 Dollar Instrumente ausgeführt; im Jahre 1911 war die Ausfuhr auf 1 567 500 Dollar gestiegen und im Jahre 1916 weiter auf 2 087 500 Dollar. Zwecklos haben sich die Amerikaner

nicht ohne Erfolg bemüht, frühere deutsche Absatzgebiete zu erobern. Die Zukunft muß es lehren, ob es gelingen wird, diese Konkurrenz später wieder aus dem Felde zu schlagen.

Größere Beachtung als die amerikanische verdient die englische Konkurrenz. Die englische Klavierindustrie hat schon vor dem Kriege ungeheure Anstrengungen gemacht, dem deutschen Instrument den Rang abzulaufen, sie konnte aber selbst im eigenen Lande dieser Konkurrenz nicht Herr werden. Es ist begreiflich, daß diese Anstrengungen während des Krieges auf das äußerste gesteigert wurden, und sie wurden durch den während des Krieges in die Hände geschossenen Nationalhaß kräftig unterstützt. Wenn man den Berichten, die über diesen Gegenstand in der deutschen Fachpresse erschienen sind, glauben darf, hat die vorzügliche Qualität des deutschen Fabrikats alle ihm in den Weg gelegten Schwierigkeiten überwinden. Jetzt schon kann der von den englischen Fabrikanten aus Berechnung eifrig geschürte Haß gegen Deutschland nicht verhindern, daß deutsche Klaviere in England ein sehr gesuchter Artikel sind. Es kann nicht bestritten werden, daß fortgesetzt energische Anstrengungen unternommen werden, um die englische Pianoforteindustrie zu heben. Ganz erfolglos werden sie ja nicht bleiben, aber trotzdem kann die deutsche Musikinstrumentenindustrie der Zeit nach dem Kriege hoffnungsvoll entgegenblicken. Die Haupt Schwierigkeit wird für sie der Bezug gewisser Rohmaterialien sein. Die Aussichten für den Absatz ihrer Produkte scheinen günstig, und es ist auch zu erwarten, daß der Export als ein Mittel zur Verbesserung unserer Baluta von der Regierung gefördert werden wird.

Ähnlich wie in der Musikinstrumentenindustrie war nach Kriegsausbruch die Lage im Bergoldergewerbe. Auch dieses Gewerbe arbeitet vornehmlich für den Export. Im Jahre 1913 wurden für 6 378 000 Mk. Goldleisten ausgeführt, davon allein für 2 877 000 Mk. nach England. Beim Ausbruch des Krieges wurden die meisten Betriebe geschlossen oder ganz bedeutend eingeschränkt. Dann aber trat eine Erholung ein, und im Jahre 1916/17 bestand sogar eine starke Nachfrage nach Rahmen der verschiedensten Art. Inzwischen hat sich die Lage wieder bedeutend verschlechtert, hauptsächlich infolge Materialmangels. Es fehlt an Spiritus, an Schellack und an Leim. Aus dem Umstand, daß die Lager geräumt sind, kann man allein noch nicht auf die künftige Lage des Gewerbes schließen, zumal der Inlandsbedarf keine ausschlaggebende Bedeutung hat. Ein Teil der Rohmaterialien, wie Spiritus und Leim, wird im Inlande hergestellt, und die steigende Erzeugung wird den augenblicklichen Mangel beheben. Für andere wichtige Rohstoffe ist aber die Industrie auf die überseeische Zufuhr angewiesen, und für diese sind die Aussichten weniger günstig. Die Frage nach den Aussichten des Bergoldergewerbes ist in der Hauptsache eine Frage der Gestaltung der Handelsbeziehungen zu den anderen Nationen. Das Bergoldergewerbe muß ganz besonders einen Verständigungsfrieden herbeisehnen, der die Wiederanknüpfung und den Ausbau der früheren Handelsbeziehungen ermöglicht.

Eine Sonderstellung unter den verschiedenen Zweigen der Holzindustrie hat während des Krieges die Korbmacherei eingenommen. Für sie bedeutete der Ausbruch des Krieges den Beginn einer Zeit der Hochkonjunktur, die fast ununterbrochen andauert hat. Hinter der Herstellung von Geschloßböden ist die Anfertigung von Friedenswaren stark in den Hintergrund gedrängt worden. Nach Ueberwindung vieler Schwierigkeiten ist es unserm Verband gelungen, einen Tarif für Geschloßböden einzuführen, durch welchen den Geschloßbörarbeitern Löhne gesichert sind, die weit über die im Frieden üblichen Löhne hinausgehen. Bei der Wiedertehr des Friedens wird für das Korbmachergewerbe eine kritische Zeit eintreten. Der gewaltige Bedarf an Geschloßböden hat dem Gewerbe einen starken Zuzug von Arbeitskräften gebracht, darunter sehr vielen weiblichen, die früher nur in geringem Maße im Gewerbe Verwendung gefunden hatten. Ob es gelingen wird, die für die Friedensarbeit überflüssigen Arbeitskräfte mit der erforderlichen Sammeligkeit abzustossen, wird von der allgemeinen Geschäftslage abhängen. Wenn auch zu erwarten steht, daß die lange vernachlässigte Friedensarbeit dem Korbmachergewerbe nach dem Kriege große Aufträge zuführen wird, so dürfte der Mangel an Material doch als hemmendes Moment wirken. Dazu kommt die große Zahl von Arbeitskräften, die sich anbieten wird. Während der Kriegs-Hochkonjunktur ist es fast ganz vergessen worden, daß die Korbmacher im Frieden zu den am schlechtesten entlohnten Arbeitern der Holzindustrie gehören. Wenn nicht rechtzeitig vorgesorgt wird, kann es leicht eintreten, daß die Zustände vor dem Kriege in verschlechterter Auflage wiederkehren. Der Ueberfluß an Arbeitskräften, die wenigstens die Anfangsgründe der Korbmacherei erlernt, und die sich zum Teil auch eine ziemliche Fertigkeit angeeignet haben, darf als bedrückendes Moment nicht gering veranschlagt werden. Man sollte rechtzeitig beginnen, im Anschluß an den Geschloßbörarbeit Tarif für die Friedensarbeit aufzustellen; vor allem sollten die Arbeiter und die Arbeiterinnen ihrer Organisationspflicht nicht vernachlässigen. Andernfalls würden sich der Arbeiterschaft des

Nachmachergewerbes nach dem Kriege wenig günstige Aus- sichten eröffnen.

Sehr schwer hat die Bürsten- und Pinselmacherei unter den Kriegswirkungen zu leiden. Die Rohmaterialien werden zum größten Teil aus dem Ausland eingeführt.

Ähnlich wie die Bürsten- und Pinselfabrikation, zum Teil in noch weit höherem Maße, sind die übrigen Zweige des Holzgewerbes sowohl für den Bezug der Rohstoffe als auch für den Absatz ihrer Erzeugnisse auf die Gestaltung der Handelsbeziehungen mit dem Ausland angewiesen.

Alle Industriezweige, die auf den Export angewiesen sind, werden sich bemühen müssen, die auswärtigen Handelsbeziehungen von neuem anzuknüpfen. In sehr vielen Fällen wird es sich dabei darum handeln, die Konkurrenz, die sich in der langen Kriegszeit eingemischt hat, wieder zu verdrängen.

Die unumgängliche Voraussetzung für die Wiederbelebung der industriellen Tätigkeit Deutschlands in der Friedenswirtschaft ist die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu den anderen Ländern.

Das andere, wenn ein Verständigungsfriede abgeschlossen wird, dann können sich die Völker auch über die Wahrung ihrer Interessen und viel Geld, das bisher zur Deckung der Verluste verwendet wurde, zur Deckung der Kosten wenden.

Die Geschäftslage in der Holzindustrie.

Januar.

Der Holzgewerbetreibende kann in seiner Gesamtheit nicht den Eindruck machen, als ob er im Januar feststellen könnte, daß die Geschäftslage der Holzindustrie im Vergleich mit dem Vorjahre sich im wesentlichen nicht geändert hat.

festgestellt, daß die Säge- und Hobelwerke wie die Ristenfabriken im Januar in denselben befriedigenden Maße wie im Vormonat und im Januar des Vorjahres beschäftigt waren.

Bei der vom Deutschen Holzarbeiter-Verband veranstalteten monatlichen Erhebung über den Beschäftigungsgrad wurden im Monat Januar wieder 151 Betriebe erfaßt.

Table with 10 columns: Berufszweig, Beschäftigte im Januar 1918, Beschäftigte im Januar 1917, etc. Rows include Möbel, Holz, etc.

Zusammen 151 Betriebe, 24.988 Beschäftigte im Januar 1918, 24.988 im Januar 1917.

Auffällig ist die nicht unbedeutliche Zunahme der Zahl der Beschäftigten, die gegenüber dem Vormonat von 24.988 auf 26.523 gestiegen ist.

Über ihren Mitgliederstand am 1. Februar haben 5045 Krankenkassen berichtet, gegen 6124 im Vormonat.

Beachtenswert ist der verhältnismäßig starke Rückgang der weiblichen Kassenglieder, um so mehr, als im entsprechenden Monat des Vorjahres ein Rückgang nicht zu verzeichnen war.

In den genannten Zahlen sind auch die Angaben für die besondern, beruflich gesicherten Klassen enthalten. Die Holzindustrie ist dabei vertreten mit 8 Ortskrankenkassen und 21 Innungskrankenkassen der Tischler und 71 Betriebskrankenkassen aus der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe.

Über den Stand der Arbeitslosigkeit am Schluß des Monats Januar haben 24 Gewerkschaften mit insgesamt 1183.098 Mitgliedern berichtet, von denen 1.099.619 durch die Zählung erfaßt wurden.

Der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe werden zugehört der Bildhauer-Verband mit 846 Mitgliedern, darunter 3 Arbeitslosen oder 0,5 Prozent.

In der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe ist die Zahl der Arbeitssuchenden gegenüber dem Monat Dezember bedeutend gestiegen.

Soweit in den letzten Berichten der verschiedenen Arbeitsnachweiseverbände die Holzarbeiter besonders erwähnt sind, sei hier das wesentliche wiedergegeben.

In Ostpreußen ist die Nachfrage nach Tischlergehilfen nach wie vor groß. In Westpreußen wurden im Holz- und Möbeldgewerbe Facharbeiter sehr gesucht.

Im Königreich Sachsen war in der Holzindustrie die Nachfrage nach Arbeitskräften erheblich stärker als im Vormonat.

Der Verband bayerischer Arbeitsämter berichtet, daß in der Holzverarbeitung die Nachfrage nach Arbeitskräften erheblich gestiegen ist, in noch stärkerem Maße aber auch das Angebot.

Soziales.

Aus dem Reichstag.

Nach einer etwas lang gerateten Pause hat der Reichstag seine Vollkungen am 19. Februar wieder aufgenommen.

Die deutsche und die österreichisch-ungarische Regierung legten aber großen Wert auf diesen Frieden, den der österreichische Minister Czernin einen „Brotfrieden“ nannte. Die Ukraine ist der fruchtbarste Teil des seitherigen russischen Reiches, und sie soll jetzt noch erhebliche Mengen von Lebensmitteln beherbergen, die ausgeführt werden können. Allerdings weiß man nichts Sicheres über deren Umfang. Sie sollen noch in den einzelnen Gutschlöfen verstreut sein, und die schlechten Verkehrsverhältnisse werden ihrer Abfuhr große Schwierigkeiten bereiten. Die Lebensmittelhilfe, die wir von dort erwarten können, hat also vorerst nur einen recht problematischen Wert.

Um zu dem Abschluß zu gelangen, haben es unsere Unterhändler für erforderlich erachtet, bei der Grenzfestsetzung gegen Polen das Gouvernement Chelm dem neuen ukrainischen Staatswesen zuzusprechen. Damit haben sie aber den heftigsten Widerspruch der Polen erweckt; nicht nur in dem neuen Königreich Polen, das Anspruch auf das strittige Gebiet erhebt, sondern auch bei den Polen in Oesterreich und in Deutschland. In Oesterreich hat die Abgabe der Polen der Regierung die größten Schwierigkeiten bereitet. Im Deutschen Reichstag hat die polnische Fraktion keine ausschlaggebende Bedeutung, aber die Verzögerung der Polen im Königreich ist für die Gestaltung der künftigen Beziehungen dieses neuen Staates zu den Mittelmächten von ungünstiger Vorbedeutung. Es wurde später mitgeteilt, daß die endgültige Festlegung der polnisch-ukrainischen Grenze später, unter Teilnahme polnischer Vertreter erfolgen soll, doch hat dieser Beschäftigungsversuch nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Im Reichstag wurde der Friedensvertrag gegen die Stimmen der Polen und der Unabhängigen Sozialdemokraten angenommen.

Die Behandlung dieser hochpolitischen Frage ließ einige wichtige sozialpolitische Fragen, die gleichzeitig auf der Tagesordnung standen, etwas zu kurz kommen. Gelegenheit wurde über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und gegen die Verhinderung der Geburten wurden ohne Debatte an den Ausschuss für Bevölkerungspolitik verwiesen. Aus diesem Ausschuss waren einige Anträge, welche den Schutz von Mutter und Kind betreffen und vornehmlich den Arbeiterschutz ins Auge fassen, an das Plenum gekommen. Diese Anträge wurden gleichfalls ohne Debatte angenommen. Auf sie wird noch zurückzukommen sein.

Ein Vorspiel zu den späteren ausführlichen Streikdebatten brachte der Antrag auf Haftentlassung des Abgeordneten Dittmann. Dittmann wurde in den Tagen des Massenstreiks in einer Versammlung verhaftet und vom außerordentlichen Kriegsgericht im summarischen Verfahren wegen versuchten Landesverrats zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt. Die juristische Konstruktion, die die Beteiligung am Streik zum Landesverrat stempelt, halten wir für falsch, die außerordentlichen Kriegsgerichte haben aber auf Grund dieser Rechtsauffassung sehr harte Urteile in großer Zahl verhängt. Bei dem Antrag im Reichstag handelte es sich in der Hauptsache um die Auslegung einer Befreiungsbestimmung. Daß der Reichstag die Entlassung eines seiner Mitglieder aus der Untersuchungshaft verlangen kann, ist unbestritten, und ebenso kann er die Aussetzung eines Strafverfahrens verlangen. Die Frage, ob dieses Recht sich auch auf die Strafhaft erstreckt, ist aber bestritten. Obwohl diese Entscheidung zu sehr unliebsamen Konsequenzen führen kann, hat der Reichstag gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Parteien und der Polen den Antrag abgelehnt.

Einem vollen Sitzungstag widmete der Reichstag den Beschwerden der Soldaten. Solcher Beschwerden, welche die verschiedensten Fragen betreffen, gibt es eine ungeheure Menge. Bisher wurden sie meist nur im Hauptauschuss erörtert; es hat sich aber gezeigt, daß die Besprechung unter Ausschluß der Öffentlichkeit in vielen Fällen nicht den gewünschten Erfolg hatte; zu wünschen wäre, daß die Erörterung im Plenum sich erfolgreicher erweist. Gegen den Widerspruch der Regierung nahm der Reichstag einige Anträge an. So einen solchen auf Entlassung der Jahrgänge 1869 und 1870 aus dem Heeresdienst und andere, welche die Zurückziehung der älteren Jahrgänge von der Front bezwecken. Die Strafe des strengen Arrestes soll beseitigt und den Mannschaften ein Recht auf Urlaub eingeräumt werden.

Bei der ersten Lesung des Etats, die fünf Sitzungstage in Anspruch nahm, wurde, wie gewöhnlich, über den Etat selbst nur wenig gesprochen. Fest steht nur, daß große Summen nötig sind, um den Etat ins Gleichgewicht zu bringen. Das bedeutet neue Steuern, doch will die Regierung über Steuerentwürfen erst nach Ostern einbringen. Die Staatsverwaltung wurde durch Heden des Reichsanzlers Vertling und des Vizekanzlers Paner eingeleitet. Graf Hertling behandelte die äußere Politik, und er beschäftigte sich eingehend mit der Botschaft des Präsidenten Wilson. Mit dem von diesem ausgestellten Grundlagens für den Frieden erklärte er sich im weitestlichen einverstanden, ob wir aber durch diese Kanzlerrede dem Frieden im Westen wirklich näher gekommen sind, ist nach sehr zweifelhaft. Die Art, wie er im Osten Frieden geschlossen wird, dürfte den Feinden im Westen die Möglichkeit geben, die Aufrichtigkeit der Worte des Kanzlers in Zweifel zu ziehen.

Die Regierung der Bolschewiki hat es abgelehnt, den Frieden in Brest-Litowsk abzuschließen. Darauf erklärte die deutsche Regierung den Waffenstillstand, der nur zum Zweck des Friedensschlusses vereinbart war, als abgelaufen, und die deutschen Heere setzten sich in Bewegung nach Osten. Sie wurden dazu auch veranlaßt durch die Hilferufe der russischen Handwerker. Die Petersburger Regierung hat hervorgehoben, die Schreckensherrschafft eingerichtet haben sollen. Inwieweit die Grenznachrichten, die züchtig kolportiert werden, auf Wahrheit beruhen, läßt sich noch nicht nachprüfen. Man muß bei solchen Erzählungen stets im Auge behalten, daß sie mehr gelogen wird als während eines Krieges, und daß die Bourgeoisie in den bisher russischen Provinzen ist, die um Hilfe gegen das anständliche Proletariat rufen.

Der Vormarsch der deutschen Truppen geschieht sich mit ungeheurer Schnelligkeit, ohne erheblichen Widerstand zu finden. Gleich nach Beginn des Vormarsches hat die Petersburger Regierung durch Jamnitsch ihre Vertreter in Brest, die

Friedensbedingungen von Brest-Litowsk zu unterzeichnen. Die deutsche Regierung stellte aber nun neue, härtere Bedingungen, die binnen 48 Stunden angenommen werden sollten. Hiernach verdrängt Rußland völlig auf Litauen und Kurland. Livland und Estland werden von russischen Truppen geräumt und von deutscher Polizeimacht besetzt. Rußland muß mit der Ukraine sofort Frieden schließen und seine Truppen von dort und aus Finnland zurückziehen. Die Petersburger Regierung hat in ihrer Ohnmacht diese Bedingungen angenommen und ihre Vertreter nach Brest-Litowsk geschickt, um sie zu unterzeichnen. Inzwischen ist der Frieden mit Rußland am 3. März unterzeichnet worden. Damit dürfte, zumal auch die Rumänen gezwungen sind, um jeden Preis Frieden zu schließen, der Frieden im Osten bald völlig hergestellt sein.

So erfreulich das an sich ist, so läßt diese Nachricht doch keine ungemischte Freude aufkommen. Das Schicksal der Standvölker ist noch in der Schwebe. Der Reichsanzler hat erklärt, daß wir nicht beabsichtigen, uns in Livland und in Estland festzusetzen, damit ist aber noch nicht gesagt, daß die dortige Bevölkerung in voller Freiheit über ihre Zukunft wird beschließen dürfen. Ueber Kurland und Litauen sagte der Reichsanzler nichts. Dafür sucht man die Öffentlichkeit so sachte darauf vorzubereiten, daß dort Zwangsmaßnahmen für deutsche Prinzen errichtet werden sollen. Selbst wenn man den Völkern gestatten sollte, „freiwillig“ solche Wahlen zu treffen, bleibt das unheimliche Gefühl, daß der Verzicht auf Annexionen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker doch recht deutungsfähige Begriffe sind. Die starke Demütigung Rußlands und die Bildung einer Reihe von neuen Staaten mit gemischten Nationalitäten lassen die Dauerhaftigkeit des künftigen Friedens zweifelhaft erscheinen.

Hinter der äußeren Politik stehen die Fragen der inneren Politik, die in der Etatsdebatte behandelt wurden, an Bedeutung nicht zurück. Die Rede des Vizekanzlers Payer rief auf der rechten Seite des Hauses stürmischen Widerspruch heraus. Die Konservativen schäumten vor Wut. Dabei war es kaum etwas Besonderes, was der volksparteiliche Vizekanzler gesagt hatte. Er hat allerdings die Gemeingefährlichkeit der konservativen Kampfweise geäußert und sich für die preussische Wahlrechtsvorlage eingesetzt. Die Konservativen waren es aber bisher gewohnt, vom Regierungstisch nur mit Glacehandschuhen angefaßt zu werden, nun tobten sie, als sie merkten, daß in der Regierung ein anderer Wind weht. Man wird ihre Wut ertragen können, wenn es die Regierung nicht bei den Worten bewenden läßt, sondern auch durch die Tat beweist, daß bei ihr ein fortschrittlicher Geist eingezogen ist.

Einen breiten Raum in den Verhandlungen nahm die Aussprache über den Massenstreik ein. Besonders eindringlich war die Rede des sozialdemokratischen Führers Scheidemann. Er hat sicher Millionen von Arbeitern aus dem Herzen gesprochen. Es handelte sich für ihn nicht darum, das Verhalten der Arbeiter zu verteidigen; seine Rede war eine scharfe Anklage gegen die Stellen, die die Zustände verschuldet haben, die zu dem Ausbruch führten. Den Regierungsvertretern, insbesondere dem Staatssekretär Ballraf, wies er nach, wie unsinnig es war, daß er die Verhandlung mit den Vertretern der Streitenden ablehnte. Sehr treffend war seine Kennzeichnung der Maßnahmen der militärischen Behörden. Scheidemanns Rat, künftig beim Eintritt bedrohlicher Situationen den Oberkommandierenden, General v. Kessel, sofort in Schutzhaft zu nehmen, wurde vom Reichstag mit großer Heiterkeit aufgenommen, aber es liegt doch ein ernster Kern in diesem Scherzwort. Die militärischen Maßnahmen, Zensur, Belagerungszustand und was damit zusammenhängt, wirken nicht beruhigend, sondern sie erzeugen nur eine ungeheure Erbitterung. Die Aussprache über den Massenstreik war sehr lehrreich. Hauptsächlich hat man auf allen Seiten aus ihr gelernt.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 10. Wochenbeitrag für das Jahr 1918 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 28771 N. Schefuß, Tschl., geb. 18. 5. 74 zu Berlin.
- 569464 Karl Mayer, Tschl., geb. 28. 5. 94 zu Hannover.
- 569464 Karl Meyer, Tschl., geb. 28. 5. 94 zu Hannover.
- 605262 Alb. Schuster, Pönselm., geb. 8. 2. 95 zu Nürnberg.
- 807828 Grete Diehe, Rahmenarb., geb. 18. 2. 02 zu Leipzig.

Berlin S.O. 16, Am Röllnischen Park 2.

Der Vorstandsvorsitz.

Unsere Lohnbewegung.

Der Rheinisch-Westfälische Tischlerinnungsverband und der Viefelder Vertrag.

Der Rheinisch-Westfälische Tischlerinnungsverband, der im Ruhrgebiet den Ton angibt, hat bei Zugeständnissen an die Arbeiter stets eine große Zurückhaltung an den Tag gelegt, und er hat es auch in diesem Jahre wieder zuwege gebracht, daß die Holzarbeiter im Ruhrgebiet erst viel später in den Genuß der Teuerungszulage gelangt sind, die den Kollegen im übrigen Reich schon früher gezahlt wurde.

Bis heute war es nicht möglich, mit diesem Verband zu einer Verständigung zu kommen. Zuletzt ist am 25. Januar unter der Leitung des Hauptmanns Rüscher vom General-Kommando in Münster verhandelt worden. Hierbei ist zwar bezüglich der materiellen Differenzpunkte eine weitere Annäherung erreicht worden, doch reichte diese nicht aus, eine Verständigung herbeizuführen. Immerhin sollen nach den Beschlüssen der Arbeitgeber unsere Kollegen ab 16. Januar 1918 eine weitere Teuerungszulage von 20 Pf. und ab 1. April 1918 eine solche von 10 Pf. pro Stunde erhalten. Das sind Zulagen, die im übrigen Holzgewerbe schon seit einer Reihe von Monaten gezahlt werden. In dieser Hinsicht haben sich also die Mitglieder des Innungsverbandes erst mit großer Verzögerung zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen bewegen lassen. Ueber die übrigen Fragen, wie An-

erkennung des Mindestlohnes, Verkürzung der Arbeitszeit, Einteilung der Städte in Tariffklassen, Festsetzung von Frauenlöhnen usw., die in den Verträgen für das gesamte Holzgewerbe bereits klar gestellt sind, sollte in etwa drei Wochen weiterverhandelt werden.

Auf die soziale Einsicht, die er durch seine Haltung bewiesen hat, war der Innungsverband nicht wenig stolz. Rühmte er sich doch, „freiwillig und aus eigenem Antrieb“ solche bedeutende Zulagen in seinen Betrieben gewährt zu haben. Bei näherem Zusehen zeigte sich aber auch hier wieder der Pferdesuß. Die Unternehmer in Viefeld, die dem Innungsverband gleichfalls angehören, machten keine Miene, die Zulage zu zahlen, und als unsere Kollegen es verlangten, da hieß es: Zunächst müßt ihr unsere untragbaren Bedingungen unterschreiben, sonst gibt es keine Zulage. In Viefeld wollten die Innungskauter die Kraftarbeiter-Verband in die Zwidmühle zu bringen. Tatsächlich befanden sich die Viefelder Kollegen in einer unangenehmen Lage, denn das Verlangen der Unternehmer konnte in der jetzigen Zeit nicht so beantwortet werden, wie es zu Friedenszeiten unweigerlich geschehen wäre. Dabei ist es zu verstehen, daß ihnen die Erlangung einer weiteren Zulage dringend nottat. Bei den am Ort ohne Beteiligung der Zentralvorstände geführten Verhandlungen haben sich unsere Kollegen schließlich, um die Zulage, wie sie in den übrigen Betrieben gezahlt wird, zu erlangen, genötigt gesehen, eine Vereinbarung zu unterschreiben, die in allen übrigen Punkten entweder gar keine oder unbefriedigende Lösungen vorsieht.

Diesen Abschluß betrachteten die Herren vom Innungsverband als eine große Errungenschaft, und in ihrem „Tischlergewert“ teilen sie schmunzelnd mit, daß die Bedingungen, welche die Arbeiter bei den allgemeinen Verhandlungen abgelehnt haben, nun doch hätten anerkannt werden müssen. Das ist eine Flunkerei, die aber nicht wundernehmen kann bei einer Stelle, von der man es gewohnt ist, daß sie es bei Behauptungen, die sie aufstellt, gewohnheitsmäßig mit der Wahrheit nicht genau nimmt. Sollten die Herren aber wirklich der Meinung gewesen sein, mit der Vereinbarung für Viefeld unsern Verband für ihre Prinzipien eingefangen zu haben, dann dürften sie sich inzwischen von ihrem Irrtum überzeugt haben. Von unserm Vorstandsvorsitz ist ihnen schriftlich erklärt worden, daß die genannte Vereinbarung für unsern Verband sowohl der Tischlerinnungsverband Viefeld wie dem Rheinisch-Westfälischen Tischlerinnungsverband gegenüber keinerlei Verbindlichkeiten enthält.

Unser Vorstandsvorsitz ist entschlossen, aus dieser Erklärung alle notwendigen Konsequenzen zu ziehen; die Herren vom Innungsverband mögen also ihren „Sieg“ nicht allzulaut feiern. Sie werden immer noch am richtigsten handeln, wenn sie die Wege für eine allgemeine Verständigung soweit ebnen, daß ein Abkommen im Rahmen der für das gesamte Holzgewerbe geschlossenen Vereinbarung auch für ihre Betriebe getroffen werden kann.

Aus der Holzindustrie.

Handelskammer und Möbelversorgung.

Die Handelskammer zu Berlin hat sich bereits im Herbst vorigen Jahres auf eine Anfrage des Handelsministers gutachtlich zu der Frage der Möbelversorgung geäußert. Nach Beratungen, die im Ministerium gepflogen wurden, hat sich die Handelskammer erneut mit der Angelegenheit beschäftigt und als Ergebnis der gepflogenen Erörterungen eine neue Eingabe an das Ministerium gerichtet. Darin wird ein Mangel an Möbeln anerkannt, der auf den Mangel an Holz und auf den Arbeitermangel zurückgeführt wird. Die Kammer spricht sich aber gegen die von den Gemeinden unternommenen Bemühungen zur Behebung des Möbelmangels aus. Sie bezeichnet die gemachten Bestellungen auf neue Möbel als wenig zweckmäßig, weil es an trockenem Holz fehle, und die aus ungenügend getrocknetem Holz gemachten Möbel bald unbenutzbar werden. Die Handelskammer ist auch der Meinung, daß die Gemeinden die Möbel zu weit höheren Preisen anschaffen werden, als das durch geeignete Fachleute der Fall wäre. Weiter erhebt die Handelskammer Einspruch dagegen, daß die Gemeinden den Vertrieb von gebrauchten Möbeln unter Ausschaltung des Fachhandels vornehmen. Ungerechtfertigte Preissteigerungen könnten durch Festlegung der zulässigen Aufschläge beim Verkauf an die Verbraucher verhütet werden.

Diese Eingabe macht den Eindruck, als komme es der Handelskammer weniger auf die Befestigung eines Notstandes als auf den Schutz der Interessen des privaten Handels an. Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß die Feststellung von Möbeln aus ungenügend getrocknetem Holz bedenklich ist. Durch künstliche Trocknung läßt sich aber dieser Mangel wesentlich mildern. Die Kammer richtet aber ihre Hauptbedenken dagegen, daß die Gemeinden Bestellungen auf neue Möbel aufgeben. Weshalb die Gemeinden bei ihren Bestellungen höhere Preise zahlen müssen, ist nicht recht einzusehen. Näher liegt doch die Annahme, daß die Größe der von den Gemeinden gegebenen Aufträge von vornherein schon einen niedrigeren Preis sichern. Daß sich die Gemeinden beim Abschluß solcher Geschäfte erdrossener Fachleute bedienen werden, darf wohl als selbstverständlich vorausgesetzt werden.

Wohin die Handelskammer zielt, geht aus dem Teil ihrer Eingabe, der sich mit der Bewirtschaftung alter Möbel beschäftigt, mit besonderer Deutlichkeit hervor. Die Handelskammer will die Interessen des Handels schützen und es darf ihr zugestanden werden, daß sie diese Interessen sogar unter Hintanhaltung des Gemeinwohls zu wahren trachtet. Bei den Maßnahmen zur Möbelversorgung handelt es sich um die Befestigung eines öffentlichen Notstandes. Nur dieser Gesichtspunkt darf dabei maßgebend sein. Die Berliner Handelskammer ist aber darauf bedacht, daß bei der Aktion vor allem ein gewinnendes Geschäft für die Händler zum Vorschein kommt. Darin liegt jedoch die Deutlichkeit kein Interesse. Daran ist es nicht, was im Interesse der Handelskammer empfindlich werden müßte.

Billiges Holz für einfache Möbel.

Der bayerische Finanzminister hat im Finanzans- schuß der Abgeordnetenkammer erklärt, daß die Staatsforst- verwaltung bereit sei, sofort Holz für den Bau von Klein- wohnungen und für die Beschaffung einfacher Möbel fällen zu lassen und es für diese Zwecke zu ermäßigten Preisen abzugeben.

Gewerkschaftliches.

Ein Schwabenstreich.

Die unabhängigen Sozialdemokraten in Stuttgart haben das Bedürfnis, von sich reden zu machen. In Ermangelung eines anderen geeigneten Objekts, an dem sie ihren Latendrang stillen können, haben sie den Gewerkschaften grimmige Freundschaft angedeutet.

Die heutige Mitgliederversammlung des Unabhängigen Sozialdemokratischen Vereins steht die politisch-gewerkschaftliche Einheitsorganisation als notwendigen Rahmen der kommenden Auseinander- setzungen zwischen Kapital und Arbeit an.

Diese Kundgebung hat zunächst nur die Bedeutung einer platonischen Liebeserklärung an die „politisch-gewerkschaft- liche Einheitsorganisation“.

„Eine sieben Mitglieder starke Kommission ist zu wäh- len, welche die Vorarbeiten in Stuttgart in die Hand nimmt, zur Gründung einer neuen gewerk- schaftlichen Kampforganisation“.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung braucht vor dieser Kampfanfrage nicht zu zittern. Die gefassten Beschlüsse be- weisen nur, daß die Stuttgarter Unabhängigen von unstill- barem Latendrang erfüllt sind.

Stände die Gewerkschaftsbewegung auf so schwachen Füßen, wie die Stuttgarter Versammlung annimmt, dann wäre sie längst erledigt, und es hätte des neuesten Fehde- briefes nicht erst bedurft.

Sie haben sie aber erfüllt; sie haben alles getan, was unter den schwierigen Kriegsverhältnissen im Interesse der Arbeiterklasse zu tun möglich war, und sie sind fortgesetzt daran bedacht, jede Möglichkeit auf das nachhaltige auszu- nutzen, um ihre großen Aufgaben zu lösen.

Die Arbeiterklasse hat sich über die Stuttgarter Unabhän- gigen im klaren gemacht, und sie bringen damit zum Ausdruck, daß sich die Leitung der Gewerkschaften auf dem rechten Wege befindet.

Die Stuttgarter Unabhängigen wollen unserer bewährten Gewerkschaftsbewegung etwas anderes entgegenstellen. Die „politisch-gewerkschaftliche Einheitsorganisation“ ist zwar etwas anderes, aber weder etwas Neues noch etwas Gutes.

Die politisch-gewerkschaftliche Einheitsorganisation ist ein Phantasiegebilde von Wirtsköpfen. Vorausgesetzt, daß es überhaupt möglich wäre, so ein Gebilde ins Leben zu rufen, befände es sich in einem ständigen Konflikt zwischen den Auf- gaben, die es sich stellt, und den Mitteln zu ihrer Durchfüh- rung.

Es lohnt nicht, auf diese Dinge näher einzugehen. Er- wähnt sei nur, daß selbst die „Leipziger Volkszei- tung“ ein Haar in der Suppe findet, welche ihre Stutt- garter Freunde einbrocken wollen.

Wir erklären rundweg, daß wir die Gründung neuer Gewerkschaften nicht billigen können. Das würde nur die Spaltung der Gewerkschaften und Bruderkämpfe heizeiführen, an denen nur das Unternehmertum seine helle Freude haben würde.

Man würde dem Leipziger Blatt Unrecht tun, wollte man verschweigen, daß es in den folgenden Sätzen seine bekannte Auffassung vertritt, die sich mit dem Willen, die Gewerkschaften stark und geschlossen zu erhalten, schlecht vereinbaren läßt.

Der Zimmererverband hat im Jahre 1917 wieder eine an- sehnliche Steigerung seiner Mitgliederzahl erreicht. Bei Ausbruch des Krieges zählte der Verband 62 673 Mitglieder.

Den Ortsverwaltungen zur Nachricht, daß das Abrech- nungsmaterial ein l. März vorliegt ist. Beigefügt sind den Sendungen ein Zirkular, einige kleine Hefte zur Aufklärung der Verrechnungen in verschiedenen Fragen sowie ein Pro- tocoll der letzten Generalversammlung vom „Verband freier Tischlermeister“.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, Hamburg.

Den Ortsverwaltungen zur Nachricht, daß das Abrech- nungsmaterial ein l. März vorliegt ist. Beigefügt sind den Sendungen ein Zirkular, einige kleine Hefte zur Aufklärung der Verrechnungen in verschiedenen Fragen sowie ein Pro- tocoll der letzten Generalversammlung vom „Verband freier Tischlermeister“.

sandt, soweit der Vorrat reicht. Der Vorstand ist der Mei- nung, daß es solcher Kostenrechnungen für die Folge nicht mehr bedarf.

Eosfen von den Sendungen, die aufs ganze Jahr 1918 berechnet sind, nach einigen Orten solche nicht gelangt, son- dern verlorengegangen sein sollten, ersucht der Vorstand um Benachrichtigung, damit Nachsendung erfolgen kann.

Der Vorstand. J. U. G. Blume, Vorsitzender.

Einnahme im Februar.

Ueberschuß sandten ein: Berlin F 1000, Lichtenberg 700, Berlin C, Chemnitz, Erfurt, Neustrelitz je 400, Berlin B 300, Uraah, Weimar je 300, Löttau, Duisburg, Eisenach, Finster- walde, Demmoor, Rintheim, Farnsdorf, Pfungstadt, Fener- bad je 200, Baumshulenberg, Bollmarshausen, Dortmund II, Erlangen, Hamburg IV, Gleitlin je 150, Mariendorf, Beuchsal, Dobritz, Edentoben, Eil, Gonsenheim, Markranstädt, Reuten- bürg, Reitzschheim, Volkstedt, Wilhelmshaven, Zindorf, Jossen je 100, Neulussheim 70, Burgdorf, Heckershausen, Hil- desheim, Schwarzja je 50, Segeberg 43,84, Wetterzeube 43, Unterböbgingen 35 Ml.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes Summe der Ueberschüsse (8651,84 Ml.), Beiträge von Einzelmitgliedern (2087,75 Ml.), Eintrittsgeld von Einzelmitgliedern, Zinsen von Kapitalen (1077,38 Ml.), Sonstige Einnahmen (38,35 Ml.), Gesamteinnahme (11855,32 Ml.).

Ausgabe im Februar.

Zuschuß erhielten: Berlin F, Neuluss, Schweligen je 500, Elmshorn, Frankfurt I, Griesheim, Karlsruhe, Leip- zig II, Mainz je 400, Kschaffenburg, Darmstadt, Löttau, Freiburg i. B., Friedberg, Hamburg II, Gaarden, Lorch, Feudenheim, Stuttgart, Witzingen je 300, Altwasser, Bitter- feld, Bonn, Bayenthal, Bickendorf, Cokmaunsdorf, Dietes- heim, Pieschen, Forchheim, Frankenthal, Friedrichsdorf, Hainhausen, Giebichenstein, Heilbronn, Johannegeorgenstadt, Langenberg, Leipzig III, Mündenheim, Neu-Alt, Nieb, Nieder-Zwehren, Offenbach II, Ravensburg, Reudaburg, Vallenbar je 200, Vienna 175, Bückeburg, Ellingen, Oerr, Haen, Hagen, Haibach, Heddesheim, Hülben, Connewitz, Lorch, Magdeburg, Ohrdruf, Regensburg, Salmünster, Ullm, Wahren je 150, Böhlitz-Ehrenberg, Kessenitz, Burgstädt, Rotherditmold, Wohlershausen, Rippes, Donsdorf, Dillmen, Gleiberg, Haffelbach, Hausen, Hochspeyer, Jmenau, Day- landen, Lohr, Langendiebach, Drais, Memmingen, Neustadt a. d. Haardt, Otsch, Norheim, Schönau, Sindlingen, Unter- grüne, Wadh, Wadenbüchen, Waldheim, Wehlar, Winsen je 100, Ohlau 90, Königsberg 80, Saarbrücken 75, Bergsch- Gladbach 50, Corna 30 Ml.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes Summe der Zuschüsse (18150,-- Ml.), Krankengeld an Einzelmitglieder (2334,36 Ml.), Sterbegeld an Einzelmitglieder (433,50 Ml.), Sonstige Ausgaben (4548,60 Ml.), Gesamtausgabe (25466,46 Ml.).

Gesamteinnahme 11855,32 Ml. Gesamtausgabe 25466,46 Ml. Abnahme des Vermögens 13611,14 Ml.

H. Suck, Hauptkassierer.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen.

Der Vorstand der Allgemeinen Kranken- und Sterbefälle der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen (Erfahrungskasse), Hamburg, verfügte auf Grund des § 10 der Satzung die Er- hebung der vier Extrabeiträge für das Jahr 1918. Es ist für jedes Quartal ein Extrabeitrag zu erheben.

Der Vorstand.

Im Monat Februar sandten Ueberschüsse ein: Treis- borf, Berlin A, Berlin C je 300 Ml., Leipzig, Wald je 200, Hamburg I 130, Dörschhausen 100, Werden 40 Ml. Summa 1570 Ml.

Zuschuß erhielten: Offenbach 200 Ml., Breslau, Kaisers- lauter je 150, Erkrath, Harburg, Bargeheide, Celle je 100, Belpfle 75 Ml. Summa 975 Ml.

J. U. M a f m a n n, Hauptkassierer.

Geerbene Mitglieder. Robert Prager, Stuhlauer, 62 J., gest. in Leipzig. Karl Grigische, Tischler, 56 J., gest. in Leipzig. Johann Dibriß, Drechsler, 50 J., gest. in Leipzig. Hermann Schme, Maschinenarb., 67 J., gest. in Leipzig. Otto Koch, Maschinenarb., 47 J., gest. in Leipzig. Aug. Ringing, Schlosser, 63 J., gest. in Leipzig. Joh. Schwüder, 41 Jahre, gest. in Gien-Ruhr. Adolf Gebhard, Maschinenarbeiter, 52 Jahre, gest. in Hertenbach. Gedenken ihrem Andenken.

Möbeltischler. Die Herstellungsart sucht Chr. Schütte, Möbeltischler, Kiel. Möbelschneiderei gesucht. Nieder- schlesische Möbelfabrik, Bänder am Deister. Möbelschneiderei gesucht. Herr. Krenzsch, Hildesheim, Bad Harzburg.

Fertigmacher sucht Küchenmöbelfabrik Geop. Reilmann, Köln-Rippes, Geldernstr. 55. Mehrere Drechsler sucht ein Julius Zapper, Dampfdruckerei, Stargard i. P., Schumannstr. 10. Korbmacher auf Glasfenster gesucht von Reinhold Hoffmann, Weidenhäuserlei und Korbfabrik in Harzschadt (Provinz Posen.) Korbmacher auf Geschloßherbe (Langer) sucht sofort ein Friedrich Schje, Kietleben bei Halle a. d. S. Mehrere Korbmacher auf Geschloßherbe und Grün gesucht. Zehfelle Magdeburg, Große Storchstraße 7. Ausgelernter Holzpanzelausschneider gesucht. Ed. Reizers, Offenfeld (Schleswig).

TISCHLER-FACHSCHULE DETMOLD. Ausbildung zum Meister, Werkmeister und Zeichner in kurzfristigen Kursen. Besetzt von vielen Kriegsheilbedürftigen-Fürsorge- Stellen-Auswahl durch die Direktion B. Kolbner.

Leim kaut jedes Quantum. Bernh. Fischer Ww., Herford. Volkserzählungen von Tschol, gebunden 80 Pf. Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Zweck: vom Arbeitgeber-Gewerkschaftsverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Table with columns: Ort, Beruf, and counts. Includes Bisherbericht vom Sonnabend, 23. Februar, bis Freitag, 1. März 1918. A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen, B = Offene Arbeitsstellen, C = Gemeindete Arbeitslose am Schluß der Woche. Locations include Berlin, Bremen, Breslau, Celle, Chemnitz, Eisenburg, Forst, Hamburg, Hannover, Herford, Leipzig, Lübeck, and Zusammen. Total counts for A, B, and C are provided at the bottom.